

Atom-Stopp

Konzept zur Stilllegung der
17 Atomkraftwerke in Deutschland
innerhalb der 17. Wahlperiode

Inhalt

Zusammenfassung	3
Atomenergie ist unbeherrschbar	4
Atomausstieg unverzüglich durchsetzen	5
Anhang	10
Quellen	11
Impressum	12

Autor:

Björn Schering

Büro Hans-Kurt Hill, MdB
Energiepolitischer Sprecher
Fraktion DIE LINKE

Zusammenfassung

DIE LINKE will die unverzügliche und unumkehrbare Stilllegung aller Atomkraftwerke (AKW) in Deutschland durchsetzen. Dazu kann die Bundesrepublik innerhalb der nächsten Wahlperiode vollständig aus der Atomenergie aussteigen. Die Pannenberg-Krümmler und Brunsbüttel sollen nicht wieder ans Netz gehen. Bereits 2010 können die dann sechs ältesten und gefährlichsten Atomkraftwerke stillgelegt werden. Ab 2011 folgen jährlich drei weitere Anlagen. Damit ist ein Wiedereinstieg in die Risikotechnik nach 2013 ausgeschlossen. Gleichzeitig können in den nächsten vier Jahren bis zu 120.000 neue Energie-Arbeitsplätze geschaffen und die gesteckten Klimaschutzziele erreicht werden. Eine stabile Versorgung mit elektrischer Energie zu bezahlbaren Preisen ist dabei gewährleistet.

Der Atomkonsens ist durch ein Atom-Ausstiegsgesetz zu ersetzen. Bis zur Abschaltung soll der Betrieb der Atomkraftwerke unter staatliche Kontrolle gestellt werden. Den Energiekonzernen wird mit dem unverzüglichen Atomausstieg Gelegenheit gegeben, die Energiewende aktiv mit zu gestalten. Im Zweifel werden die Anlagen jedoch zur Erfüllung der öffentlichen Interessen enteignet. Das ist nach Art. 14 Grundgesetz verfassungsgemäß, da Allgemeinwohlbelange im Vordergrund stehen. Entschädigungszahlungen erfolgen nicht.

Die Gefahren beim Betrieb von Atomkraftwerken sowie beim Transport und der Endlagerung des Atomabfalls sind unkalkulierbar. Die Atommeiler entsprechen nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik und sind völlig unzureichend gegen Einwirkungen von Außen geschützt. Ein scheinbar sicherer Betrieb kann von RWE, E.ON, Vattenfall Europe und EnBW nur durch das Vertuschen und Herunterspielen von Gefahren vorgetäuscht werden. Die skandalösen Vorgänge im AKW Krümmler und im Salzstock Asse, der von der Atomwirtschaft illegal als Atomlager missbraucht wurde, zeigen die Skrupellosigkeit der Atombefürworter im Umgang mit radioaktiven Stoffen.

Trotz schneller Reaktorabschaltung kann der Inlandsbedarf an Strom zu jeder Zeit gedeckt werden. Um das Erreichen der Effizienzziele sicherzustellen, soll ein Energieeffizienzgesetz zügig verabschiedet werden. Gleichzeitig ist eine Minderung des CO₂-Ausstoßes bei der Stromerzeugung um 50 Prozent bis 2020 gegenüber dem Basisjahr 1990 erreichbar. Dazu wird der kohlebefeuerte Kraftwerkspark deutlich zurückgedrängt. Eine Verschärfung des Bundesemissionsschutzgesetzes soll sicherstellen, dass besonders ineffiziente und klimaschädliche Kohlekraftwerke vorzeitig abgeschaltet werden. Beim künftigen Mehreinsatz von Erdgas in Kraftwerken sinkt dennoch der Gesamtverbrauch in Deutschland. Das gelingt durch Energieeinsparung im Wärmebereich. Der Anteil erneuerbarer Energien kann bis 2020 rund 50 Prozent erreichen. Flankiert wird die Entwicklung durch Ergänzungsgesetze für Erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung, eine wirksamere Ausgestaltung des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes und die Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms.

Atomenergie ist unbeherrschbar

Die Häufung von Störfällen und Pannen in deutschen Atomkraftwerken macht deutlich: Die Nutzung der Atomenergie zur Stromgewinnung ist mit unbeherrschbaren Risiken behaftet. Deutsche Reaktoren gehören nicht, wie die Energiekonzerne gern behaupten, zu den sichersten und modernsten der Welt. Vielmehr sind die Atommeiler technisch veraltet und die Betriebsführung ist fehlerbehaftet. Sie entsprechen nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik und sind völlig unzureichend gegen Einwirkungen von Außen geschützt. Ein scheinbar sicherer Betrieb kann von RWE, EON, Vattenfall Europe und EnBW nur durch das Vertuschen und Herunterspielen von Gefahren vorgetäuscht werden. Jeder weitere Tag, den ein deutscher Atommeiler läuft, erhöht die Gefahr des Austritts von Radioaktivität bis hin zur Kernschmelze – mit unabsehbaren Folgen für Mensch und Umwelt. DIE LINKE will deshalb die unverzügliche und unumkehrbare Stilllegung aller Atomkraftwerke in Deutschland durchsetzen.

Grund für den Weiterbetrieb ist der enorme Profit, den die Konzerne mit den abgeschriebenen Altanlagen einfahren. Jedes Jahr, das die 17 Reaktoren am Netz bleiben, bedeutet ein Zusatzgewinn von mindestens sieben Milliarden Euro. Jedes weitere Atomstromjahr bedeutet auch: Die Energieversorger sichern ihre kartellartige Stellung auf dem Strommarkt. Und: Erzeugung und Netze bleiben behäbig, unflexibel und störanfällig. Der Ausbau einer dezentralen Versorgung, basierend auf effizienten und erneuerbaren Energietechniken wird ausgebremst. Deshalb gilt: wo Profite Einzelner derart vor die gesellschaftliche Verantwortung gestellt werden, muss der Staat die Notbremse ziehen.

Auch die Frage der Entsorgung des anfallenden Strahlenmülls ist nach wie vor völlig ungeklärt. Der Standort Gorleben ist zur Endlagerung von Brennstäben, die über hunderttausende von Jahren strahlen, nicht geeignet. Die skandalösen Vorgänge im Salzstock Asse, der von der Atomwirtschaft illegal als Atomlager missbraucht wurde, zeigen die Skrupellosigkeit der Atombefürworter im Umgang mit radioaktiven Stoffen. Bisher ist nicht einmal ein ergebnisoffenes Verfahren zur Aufsuchung eines Endlagers unter Einbeziehung der Öffentlichkeit eingeleitet worden. Derweil tickt in oberirdischen Zwischenlagern eine täglich wachsende nukleare Fracht als Zeitbombe. Auch hier gilt: nur ein unverzüglicher Atomausstieg verringert die Gefahr.

Beschäftigungspolitisch ist das Festhalten an der uranbefeuerten Stromerzeugung ein Desaster. In der herkömmlichen Energiewirtschaft ist die Zahl der Arbeitsplätze seit 1998 – dem Jahr der Strommarkt-Liberalisierung – um ein Drittel eingebrochen. Das ist ein Rückgang um 106.000 Stellen. Allein im Stromsektor ist innerhalb von zehn Jahren ein Beschäftigungsrückgang um fast 25 Prozent zu verzeichnen, obwohl die Stromerzeugung im gleichen Zeitraum um 15 Prozent zulegen konnte [BMWi 2009]. Dem gegenüber schafft die Branche der erneuerbaren Energien jährlich 30.000 neue Stellen. Bereits jetzt arbeiten in dem schnell wachsenden Wirtschaftszweig 280.000 Menschen [BMU 2009]. Bis 2020 können noch einmal 300.000 hinzukommen – sofern die Zukunftsenergien nicht politisch ausgebremst werden. Je schneller wir aus der Risikotechnologie Atomkraft aussteigen, desto eher entstehen zukunftssichere Arbeitsplätze.

Atomausstieg unverzüglich durchsetzen

Deutschland kann innerhalb der nächsten Wahlperiode vollständig aus der Atomenergie aussteigen. Die Pannen-Meiler Krümmel und Brunsbüttel sollen nicht wieder ans Netz gehen. Bereits 2010 können die dann sechs ältesten und gefährlichsten Atomkraftwerke stillgelegt werden. Ab 2011 folgen jährlich drei weitere Anlagen. Damit ist ein Wiedereinstieg in die Risikotechnik nach 2013 ausgeschlossen. Gleichzeitig können in den nächsten vier Jahren bis zu 120.000 neue Energie-Arbeitsplätze geschaffen und die gesteckten Klimaschutzziele erreicht werden.

Grafik 1: Abschalt-Reihenfolge deutscher Atomkraftwerke in der 17. Wahlperiode



Die bisherige Vereinbarung zum Ausstieg aus der Atomenergie, der so genannte Atomkonsens, ist bereits jetzt von den Energiekonzernen einseitig gebrochen worden. Die Abschaltung der ältesten und gefährlichsten Atommeiler wurde bereits um zwei Jahre verzögert. Offen fordern die Atom-Bosse eine Verdoppelung der Laufzeiten auf 60 Jahre und damit eine Aufkündigung des bestehenden Vertrags. Das jetzige Atomgesetz muss daher durch ein Atom-Ausstiegsgesetz ersetzt werden. Bis zur Abschaltung ist der Betrieb der Atomkraftwerke unter staatliche Kontrolle zu stellen. Die Ausstiegskosten sind vollständig den privatwirtschaftlichen Betreibern anzuhafeln. Den Energiekonzernen wird mit dem unverzüglichen Atomausstieg Gelegenheit gegeben, die Energiewende aktiv mit zu gestalten. Im Zweifel werden die Anlagen jedoch zur Erfüllung der öffentlichen Interessen teilweise oder vollständig enteignet. Die Enteignung nach Art. 14 Grundgesetz ist verfassungsgemäß, da Allgemeinwohlbelange im Vordergrund stehen [Starck 2005]. Entschädigungen müssen nicht gezahlt werden, da die Atomanlagen im Wesentlichen nur durch staatliches Zutun, wie massive Subventionen und Markt verzerrende Vorrangregelungen, errichtet werden konnten. Darüber hinaus verursacht die privatwirtschaftliche Atomenergienutzung auch in die Zukunft gerichtet noch erhebliche gesellschaftliche Kosten.

Die Abschaltung der Atomkraftwerke in Deutschland kann zügig und geregelt erfolgen. Zunächst ist sicherzustellen, dass der Pannen-Reaktor Krümmel nicht wieder in Betrieb geht. Die Anlage liefert schon seit Mitte 2007 keinen Strom mehr und ist für die Energieversorgung ohne Bedeutung. Auch das für Dezember 2009 geplante Wiederaufstarten von Brunsbüttel soll untersagt werden. Im April 2010 werden die Atommeiler Neckarwestheim und Biblis A vereinbarungsgemäß vom Netz genommen. Es folgen in der zweiten Jahreshälfte Isar 1, Philippsburg 1, Unterweser und Biblis B. In den Folgejahren werden die übrigen Anlagen in Dreiergruppen stufenweise abgeschaltet. 2011: Grafenrheinfeld, Gundremmingen B und C; 2012: Philippsburg 2, Grohnde, Brockdorf und schließlich 2013: Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2. Die Anlagen erreichen im jeweiligen Abschaltjahr noch höchstens drei Viertel der Jahresleistung.

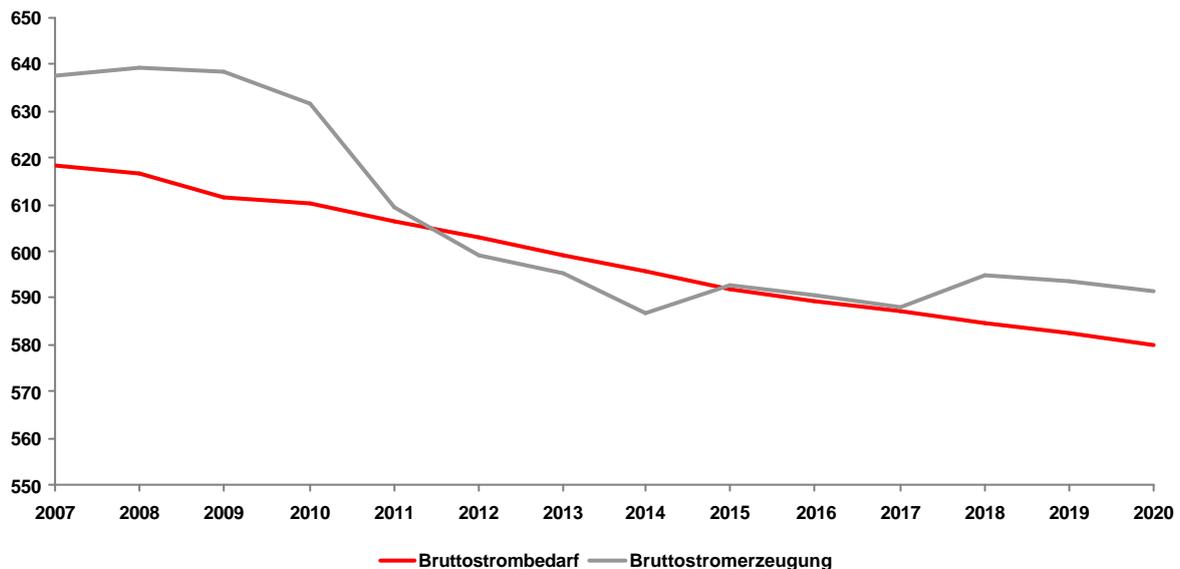
Tabelle 1: AKW-Stilllegung in der 17. Wahlperiode nach Strommengen (TWh)

Atomanlagen	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	
Krümmel	5,689	0,000	0,000					Schritt 0
Brunsbüttel	2,601	0,000	0,000	0,000				
Neckarwestheim 1	5,187	4,188	5,187	2,206				Schritt 1
Biblis A	0,000	8,961	4,022	3,218				
Biblis B	0,935	10,975	4,268	9,390				
Isar 1	7,041	7,885	7,885	3,548				
Philippsburg 1	7,277	6,423	7,277	3,648				
Unterweser	9,530	9,775	9,775	5,555				
Grafenrheinfeld	10,901	10,331	10,901	10,901	8,175			Schritt 2
Gundremmingen B	11,053	10,165	11,053	11,053	8,29			
Gundremmingen C	10,353	10,417	10,417	10,417	7,813			
Philippsburg 2	11,777	11,430	11,777	11,777	11,777	8,833		Schritt 3
Grohnde	11,460	11,170	11,460	11,460	11,460	8,595		
Brockdorf	12,013	12,042	12,042	12,042	12,042	9,032		
Isar 2	12,009	12,093	12,093	12,093	12,093	12,093	9,07	Schritt 4
Emsland	11,594	11,491	11,594	11,594	11,594	11,594	8,696	
Neckarwestheim 2	11,114	11,432	11,432	11,432	11,432	11,432	8,574	
SUMME	140,534	148,778	141,183	130,334	94,676	61,579	26,340	

Trotz schneller Reaktorabschaltung kann der Inlandsbedarf an Strom zu jeder Zeit gedeckt werden. Im Jahr 2008 stellte der deutsche Kraftwerkspark 639 Terrawattstunden (TWh) bzw. Milliarden Kilowattstunden elektrische Energie bereit. Abzüglich der erheblichen Exporte von 23 TWh verblieb hierzulande ein Erzeugungsbedarf von 616 TWh [BMWi 2009]. Derzeit sinkt die Stromnachfrage aufgrund der Konjunkturlaute. Für die kommenden Jahre soll eine zunehmende Stromnachfrage durch Verbesserungen bei der Energieeffizienz aufgefangen werden. Der unverzügliche Atomausstieg kann in den Jahren 2012 bis 2014 einen vorübergehend geringen Stromimport erforderlich machen. Dieser liegt dann aber deutlich unter den derzeit erheblichen Überschüssen, die die deutsche Energiewirtschaft ins Ausland abgibt. Durch rechtzeitig vereinbarte Strommengenverträge kann der Bedarf jederzeit sichergestellt werden.

Indem Energie künftig klüger genutzt wird, sinkt der tatsächliche Strombedarf bis 2020 um rund 30 TWh [BMU 2008]. Die Wirtschaftsleistung je erforderlicher Kilowattstunde nimmt also zu. Um das Erreichen der Effizienzziele sicherzustellen, soll ein Energieeffizienzgesetz zügig verabschiedet werden. Es muss Hersteller verpflichten, nur die effizientesten Geräte und Maschinen auf den Markt zu bringen und laufend Verbesserungen zu erzielen. Die Industrie muss als Gegenleistung für Entlastungen bei der Energiesteuer den Stromverbrauch erheblich senken. Für Verbraucherinnen und Verbraucher soll sich Energiesparen deutlicher lohnen.

Grafik 2: Bruttostromerzeugung und inländischer Erzeugungsbedarf bis 2020 in GWh



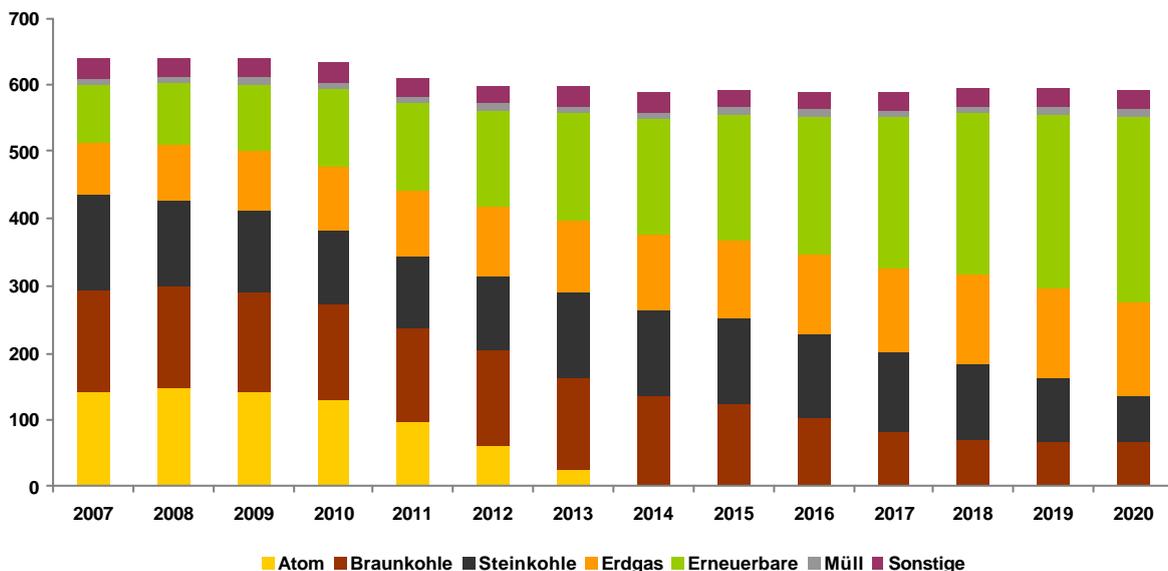
Die Herausforderung besteht darin, innerhalb von vier Jahren rund 140 TWh risikobehafteten Atomstrom oder 23 Prozent der Erzeugungsmenge durch nachhaltige Energiequellen zu ersetzen. Das Konzept zum unverzüglichen Atomausstieg sieht gleichzeitig eine Minderung des Klimagasausstoßes bei der Stromerzeugung um 50 Prozent bis 2020 gegenüber dem Basisjahr 1990 vor. Dazu muss der kohlebefeuerte Kraftwerkspark deutlich zurückgedrängt werden. Im Bereich der Braunkohle fordert DIE LINKE, dass keine neuen Tagebaue in Betrieb gehen und Umsiedlungen ausgeschlossen werden [FFU 2008]. Die verbleibenden Kohlemengen führen zu einem Auslaufen der bestehenden Kraftwerke bis 2050. Dadurch erfolgen ein gleichmäßiger Rückgang der Braunkohleverstromung ohne soziale Härten und ein geregelter Übergang zu effizienten und erneuerbaren Energieträgern.

Im Bereich der Steinkohleverstromung ist ein Zubauverbot nach 2012 erforderlich, um ein Erreichen der Klimaschutzziele sicherzustellen. Der bestehende Kraftwerkspark geht demnach ebenfalls bis 2050 kontinuierlich auf Null. Dabei müssen noch einige bereits genehmigte und in Bau befindliche Anlagen berücksichtigt werden [BDEW 2009]. Eine Verschärfung des Bundesemissionsschutzgesetzes (BImSchG) soll jedoch sicherstellen, dass besonders ineffiziente und klimaschädliche Kohlekraftwerke auch vorzeitig abgeschaltet werden können. Insgesamt halbiert sich der Anteil von Kohlestrom im elektrischen Energiemix bis 2020 auf knapp ein Viertel.

Der konsequente Rückbau des fossil-atomaren Kraftwerksparks erfordert einen schnellen Ausbau hocheffizienter Erdgas-Kraftwerke, die gleichzeitig Strom und Wärme erzeugen, und erneuerbarer Energien. Beim künftigen Mehreinsatz von Erdgas in Kraftwerken sinkt dennoch der Gesamtverbrauch in Deutschland. Das gelingt durch Energieeinsparungen im Wärmebereich. Allein die bestehenden gesetzlichen Rahmen reichen dabei aus, um mittels Gebäudedämmung, verbesserter Heiztechnik und den Einsatz von erneuerbaren Energien im Wärmebereich den erdgasbefeuerten Kraftwerkspark um 50 Prozent zu vergrößern [Scholz 2009]. Erdgas liefert dann im Jahr 2020 knapp ein Viertel des erforderlichen Stroms. Beim gezielten Ausbau der Fernwärme werden weitere Einzelheizungen in Privathaushalten und Gewerbebetrieben ersetzt und der Erdgasbedarf geht deutlich unter das heutige Niveau zurück. Dabei überwiegen die Kostenvorteile durch Energieeinsparungen gegenüber den erforderlichen Investitionen um 20 Prozent.

Zur Sicherstellung dieser Entwicklung soll u. a. das Erneuerbare-Energien-Wärme-gesetz (EEWärmeG) auf den Gebäudebestand ausgeweitet und mit höheren Pflichtzielen versehen werden. Auch die Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms ist sinnvoll. Zum schnellen Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist ein KWK-Ergänzungsgesetz auf den Weg zu bringen, um Hemmnisse in der bisherigen Förderpolitik abzubauen.

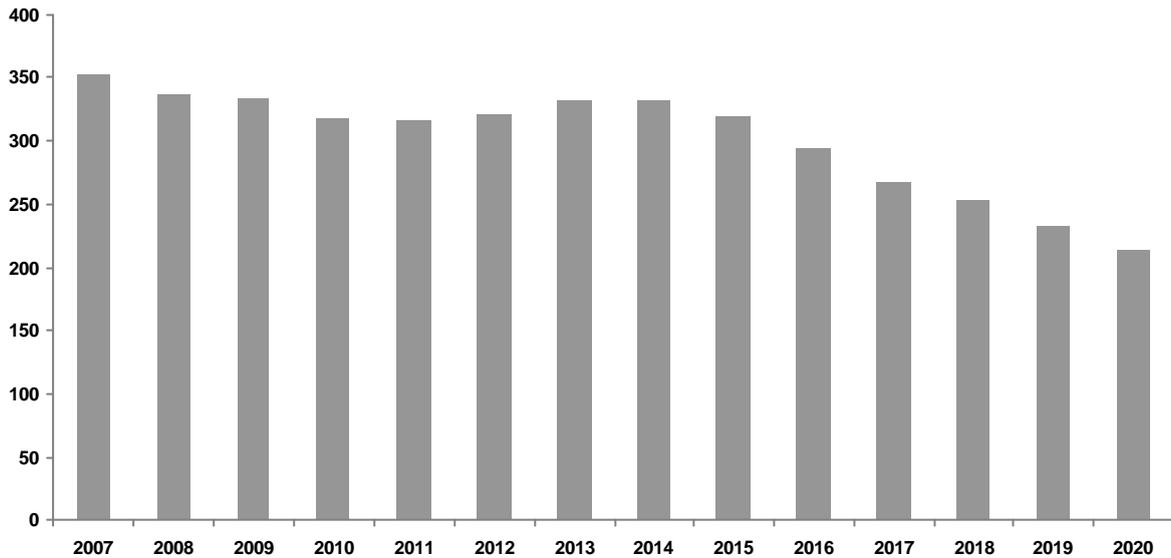
Grafik 3: Bruttostromerzeugung nach Energieträgern bis 2020 in TWh



Das Wachstum der erneuerbaren Energien wird maßgeblich von der Leistungsfähigkeit der Branche und von den politischen Rahmenbedingungen bestimmt. Eine Begrenzung der Ausbauleistung, wie es CDU/CSU und FDP vorsehen, ist deshalb eine klare Richtungsbestimmung gegen Innovation und Beschäftigung im Energiesektor. Aktuelle Gutachten belegen, dass der Anteil erneuerbarer Energien in Deutschland deutlich schneller wächst, als von allen bisherigen Prognosen vorhergesagt. Bereits 2020 kann das breite Angebot von Wind, Wasser, Solarenergie, Biomasse und Erdwärme fast die Hälfte der erforderlichen Strommenge liefern [BEE/AEE 2009]. Der Anteil kann in zehn Jahren auf 278 TWh oder rund die Hälfte des inländischen Erzeugungsbedarfs steigen. Ein EEG-Ergänzungsgesetz sichert dieses Wachstum ab.

In diesem breit und dezentral aufgestellten Energiemix kann der CO₂-Ausstoß im Stromerzeugungssektor bis 2020 gegenüber 2007 um 40 Prozent gesenkt werden. Zuzüglich der bisher geleisteten Emissionssenkungen halbiert sich die Klimagasbelastung damit gegenüber dem Basisjahr 1990. Der derzeitige Zubau großer Kohlekraftwerke führt ab 2012 zunächst zu einem Wiederanstieg des energiebedingten CO₂-Ausstoßes. Hier zeigt sich: nur eine schnelle Energiewende kann die Verschlechterung bei den Klimagasen wieder auffangen.

Grafik 4: Direkter CO₂-Ausstoß in der Stromerzeugung bis 2020 in Tonnen*



Gleichzeitig bleibt die Grundlastfähigkeit der Stromversorgung bestehen. Liefern die 17 Atomkraftwerke in den vergangenen Jahren im Schnitt an 6.740 Stunden im Jahr mit voller Auslastung, beträgt allein der Volllast-Mix aus Windenergie und schnell regelbaren Erdgaskraftwerken 6.800 Stunden im Jahr. Hinzu kommen Biomasse- und Wasserkraftwerke, die durchgängig Grundlast liefern. Pumpwasserspeicher, deren Kapazität derzeit deutlich ausgebaut wird, liefern in Sekundenschnelle Strom, um unerwartete Spitzenlasten zu decken. Hinzu kommt Solarstrom, der sich im Saison- und Tagesrhythmus mit der Windenergie optimal ergänzt.

Der unverzügliche Atomausstieg führt nicht zu einer Stromteuerung. Der Strompreis wird an der Energiebörse durch das jeweils teuerste Kraftwerk bestimmt, das zugeschaltet werden muss, um die tägliche Stromnachfrage zu decken. Billig erzeugter Atom- und Kohlestrom führt also lediglich zu hohen Gewinnen bei den Energiekonzernen. Bereits vor 2020 werden die Strombereitstellungskosten erneuerbarer Energien unter dem dann zu erwartenden Großhandelspreis liegen [BMU 2008]. Darüber hinaus senkt ihr schnell wachsender Anteil die Importnachfrage bei den fossilen Energieträgern, die künftig die eigentlichen Preistreiber darstellen werden. Die konsequente Energiewende bei einem schnellen Atomausstieg zahlt sich daher für die Verbraucherinnen und Verbraucher aus.

* Die Angaben zu den jährlichen CO₂-Emissionen erfassen den Stromerzeugungssektor in der Energiewirtschaft und weichen daher von den Angaben der Bundesregierung ab [BMW].

Anhang

Tabelle 2: Bruttostromerzeugung und inländischer Erzeugungsbedarf bis 2020 in GWh

Energieträger	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Atom	140,5	148,8	141,2	130,3	94,7	61,6	26,3
Braunkohle	155,1	150,0	150,0	143,0	143,0	143,0	135,0
Steinkohle	142,0	128,5	120,0	110,0	105,0	109,0	130,0
Erdgas	75,9	83,0	90,6	94,9	99,3	103,7	108,2
Erneuerbare	86,8	93,0	99,5	115,6	129,9	144,2	158,4
Müll	9,0	9,9	10,8	11,0	11,0	11,0	11,0
Sonstige	28,3	25,9	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5
Bruttostromerzeugung	637,6	639,1	638,6	631,3	609,4	599,0	595,4
Exporte (- zusätzl. Bedarf)	19,1	22,5	27,0	21,3	3,0	-3,8	-3,8
Erzeugung Inlandsbedarf	618,5	616,6	611,6	610,0	606,4	602,8	599,2

Energieträger	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Atom	0	0	0	0	0	0	0
Braunkohle	135,0	122,0	105,0	80,0	70,0	66,0	66,0
Steinkohle	129,0	129,0	121,0	121,0	115,0	95,0	70,0
Erdgas	112,6	117,2	121,6	126,0	130,5	135,0	139,5
Erneuerbare	172,7	187	205,3	223,6	241,8	260,1	278,4
Müll	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0
Sonstige	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5	26,5
Bruttostromerzeugung	586,8	592,7	590,4	588,1	594,8	593,6	591,4
Exporte (- zusätzl. Bedarf)	-8,8	0,7	0,8	0,9	10,0	11,2	11,4
Erzeugung Inlandsbedarf	595,6	592,0	589,6	587,2	584,8	582,4	580,0

Quellenverzeichnis

BDEW 2009: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, 60 Kraftwerke bis 2018 geplant – Anlagen ab 20 Megawatt Leistung, Berlin, April 2009.

BEE/AEE 2009: Bundesverband Erneuerbare Energie/Agentur für Erneuerbare Energien: Strom aus erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2020, Berlin, Januar 2009.

BMU 2008: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Weiterentwicklung der Ausbastrategie Erneuerbare Energien – Leitstudie 2008; Berlin, Oktober 2008.

BMU 2009: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland im Jahr 2008, Berlin, April 2009.

BMWi 2009: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Gesamtausgabe der Energiedaten - Datensammlung des BMWi, Zahlen und Fakten – Energiedaten, www.bmwi.de, Berlin, Februar 2009.

FFU 2008: Krien, Corbach, Mez: Die Zukunft der Braunkohle in ausgewählten Revieren, Forschungsstelle Umweltpolitik der Freien Universität Berlin, April 2008.

Scholz 2009: Scholz: Gasenergiemarkt in Deutschland im Auftrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Berlin, Februar 2009 (noch nicht veröffentlicht).

Starck 2005: Mangoldt, Klein, Starck (Hsg.): Kommentar zum Grundgesetz, Band 1: Präambel, Artikel 1 bis 19, 5. Auflage, München, 2005.

◀ Noch Fragen?
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Hans-Kurt Hill, MdB
Energiepolitischer Sprecher
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon 030-22772477
Telefax 030-22776476
hans-kurt.hill@bundestag.de
www.linksfraktion.de/energie

Stand: Juli 2009